

Redaktion 32723 - Geschäftsstelle 32722
Polizeidirektion: Dresden Nr. 11797

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresdens 16, Holbeinstrasse 46

Sächsisch-Volkszeitung

Verantwortlich: Dr. phil. jur. h. c. h. c. Dr. phil. jur. h. c. h. c. Dr. phil. jur. h. c. h. c.
Redaktion: Dresden Nr. 11797

Abgabe: 10 Pf.
Abgabe: 10 Pf.

Tageschau

Die Konferenz der Innenminister der Länder unter Vorsitz
Dr. Köhler befaßt sich mit der letzten Note des General Kollit
über die Schuppelzölle, sowie mit der Finanzlage des Reiches
und der einzelnen Länder.
Erst am Ende ist an einer gruppösen Augenzeugenführung so
schwer erkrankt, daß sie aus Hospital gemeldet wird mit seinem
Wochenende gerechnet wird.
Die englische Arbeitslosigkeit hat sich vermindert. In
den letzten Wochen haben über eine Million Personen Arbeit
gefunden.
In der württembergischen Metallindustrie beträgt die Zahl
der Streikenden und Ausgesperrten über 15000 Personen.
Ueber Thüringen wurde durch die Weingartenkrieger der
Verfassungszustand veranlagt. Alle öffentlichen und privaten
Veranstaltungen sind in Thüringen verboten worden.
Die Gewerkschaft deutscher Kolonialfahrer, Kreis Berlin,
sprach sich in einer Protestkundgebung gegen die Abkündigung
des Reichsvertrages aus, auch technisch weniger vorgebildeten
Kräften, vor allem Kolonialfahrern die Kolonialfahrer-
führerschaft zu ermöglichen.
Die belgische Regierung fordert von der Vorkriegsregierung
die Rückgabe der im letzten Jahre zwischen dem
Präsidenten, da das die Entente ruppen Gefahr drohe. Ferner
verlange die belgische Regierung antizipatorisch die Ermordung
des belgischen Generals Graf von der deutschen
Regierung ein ernstliches Eingreifen zur Verhängung ächtlicher
Vollstreckung.

Ein Mißtrauensvotum!

Reichstag und Reparationsnote

Aus dem Reichstag wird und geschrieben:
Die Aussprache des Reichstages über die Erklärung der
Reichsregierung zur Reparationsnote erfährt ihren Ausfall in der
Wahlmoralisierung mit der Einbringung eines deutschnationalen
Mißtrauensvotums. Dieses Mißtrauensvotum ist in Anlehnung
an ein früheres Mißtrauensvotum der Deutschen Volkspartei mit
einer ganz besonderen Spitze gegen den Reichsfänger verfaßt
worden. In dem Antrag wird zum Ausdruck gebracht, daß der
Reichstag nicht die Verantwortung habe, daß es einer von dem gegen-
wärtigen Reichsfänger geleiteten Reichsregierung gelingen wird,
das Reich aus der fälschlichen Lage herauszuführen.
Nachdem die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten
schon zum Wort gekommen waren, wurde erster Parteiführer der
Reichsregierung Dr. Brüning, von der Reichsregierung sind der
Reichsfänger und der Reichsminister Dr. Brüning und einige andere
Minister zur Stelle. Dr. Brüning ist in erster, würdiger, vom
Reichstag mit hartem Beifall unterbreiteten Worten gegen die
Forderung der Entente und vor allem die lächerliche Ver-
schönerung von Weidner, die von den Ententekommissionen in den
deutschen Ländern betrieben wird. Er spricht von einer Empörung,
die das deutsche Volk über diese Dinge erfahren müßte. Er be-
zeichnet die Festhaltung des Reichsfängers, daß die sämtlichen 11
Reichsminister, sowie der Reichspräsident und der Reichsfänger
mit ihren Gehäulen und Anhangsentscheidungen noch nicht so
viel bedeuten, wie 2 Ententekommissionen auf deutschem Boden, als
eine unerhörte Tatsache, die das deutsche Volk bis auf den Tod
erregen muß. Dr. Brüning ist zu einem wohlwollenden Opti-
mismus zum Glauben an das deutsche Volk. Er schlägt den Stand-
punkt der Reichsregierung, durch Verhandlungen doch noch den
Weg zur Rettung zu weisen.
Während wie Brüning, der den stärksten Beifall seiner Reaktion
fand, hat auch der Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Stresemann
dabei auf das lebhafteste mitgewirkt, gegen die unzulässigen
Ansprüche der Entente und er weiß in jeder Hinsicht, dementspre-
chend mehrheitsentscheidenden Ausführungen diesen Richtung nach.
Dem deutschnationalen Mißtrauensvotum getraut er, nicht folgen
zu können. Stresemann hat aber, daß das Streikkomponium
und die Jugendbewegung das höchste Maß erreicht, was die deutsche
Wirtschaft tragen könne. Er einige Einzelheiten überlegen
sollten, wie Brüning, müßte man der Entente überlassen. Be-
züglich der Erklärungspolitik hält Stresemann es für nötig, daß die
Gegenwartigkeit dieser Politik genau angesehen werden, er hält sie durch
die Reparationsnote für erreicht. Stresemann fordert die Parteien,
die sich jetzt hinter das „Rein“ der Reichsregierung gestellt
haben, auf, nun auch bei diesem „Rein“ zu bleiben. Und dann
wird dem Reichspräsidenten Dr. Brüning das Wort erteilt.
Er gibt ein großes Echo über den ganzen Gang der Ver-
handlungen und erläutert die Haltung der Regierung.
Reichspräsident Dr. Brüning: Die von mir
vorgelegene Note ist ein Entwurf und haben die
junge Note des Friedens bei den Verhandlungen in Genes
gelebt. Die uns in Genes aufgesetzte Forderungsbildung konnten
wir, wie ich vorausgesetzt habe, nicht lange halten. Die Note
müßte sich sofort ändern werden. Von uns ist nichts ver-
ändert worden. Die Note der Entente hat jeden entschuldigt, der
die Hoffnung auf militärischen Frieden und auf mögliche Beilegung
des Reparationsverhältnisses hatte. Am Ende von zwei Wochen
sind nicht weniger als hundert Voten von internationalen Kom-
missionen auf uns niedergefallen, deren Konzentration haben wir
nicht unterlassen. Wir haben wenigstens erreicht, daß die Ver-
handlungen zunächst ihre Einseitigkeit zurückgelassen hat.
Friedens ist jetzt besetzt am einen deutschen Angriff (Wider-
stand), um den Angriff eines vollkommen einseitigen Vorgehens,
das kaum so viel Soldaten aufbringen kann, um im Inneren Ruhe
zu halten. Es ist in diesem Maße bedauerlich, daß durch diesen
Widerstand von Frankreichs Aktionen und die Veränderung euro-
päischer Probleme eine politische Zeit erfüllt. Andere Noten be-

so konnten die meisten Reaktionen auf dem Wege der Verhand-
lungen einseitig werden. Einmal ging die Arbeit in die Höhe,
dann aber auf dem Wege der Verhandlung den Gang der großen
Elastizität.
Nimmt man zu dem oben genannten Entschluß noch die vor
einige Jahre ergriffene Verfügung des preussischen Kultusmini-
sters, nach der den Eltern das jährliche, ausgedehnte
Recht, den Schülern über den schulpflichtigen Religions-
unterricht hinaus einen sogenannten freigelegten Unterricht zu er-
teilen, freigelegt beschnitten wurde, und darf man der „Militärischen
Vollstreckung“ glauben, die demnach, es seien mächtige Kräfte am
Werk, um die Mitleidstendenzen überhaupt auf zwei und in den
oberen Klassen der höheren Lehranstalten gar auf eine (!) her-
zuführen, dann haben wir oft Grund und alle Pflicht, auf diesen
schleichenden Kulturverlust aufmerksam zu machen. Es scheint
ja schließlich, als wenn das System in Preußen kein anderes ist
als in Sachsen und Thüringen, nur im Tempo ist ein Unter-
schied.
Bei dieser Gelegenheit müßten wir nicht vergessen, an die
weibergische, wahrhaft freibildende und gerade Art zu erinnern,
mit der man vor zwei Jahren in Holland die Schulfrage gelöst
hat. Allerdings war der Mann, der die Schulfrage dort so zu-
friedenstellend löste, kein Sozialist und kein Liberaler, sondern
ein frommer, überzeugter Katholik: der Minister Ritsch de Peeren-
boud. In Holland gibt es jetzt zwei Arten von Schulen: die
öffentliche, welche die Gemeinde errichtet hat, und die freie Schule,
errichtet von der Kirche oder einem Verein. Die öffentliche Schule
hat keinen Religionsunterricht, aber es besteht auch keinerlei
Zwang, die Kinder in diese Schule zu schicken. Die freie Schule
kann konfessionell oder interkonfessionell sein nach der Wahl der
Körperchaften, die sie errichten. Die Gehälter der Lehrer an
sämmtlichen Schulen, öffentlichen und freien, zahlt die Ge-
meinde beim der Staat. Eltern von schulpflichtigen Kindern,
die weiter als vier Kilometer von der von ihnen gewünschten

Zäh und unbeugsam!

In allererster Zeit wird im Deutschen Reich ein
Kampf ausgetragen werden, dessen Ausgang von der allgeringsten
Bedeutung für die nächsten Jahrzehnte ist: Der Kampf um
die Schule. Wenn in der katholischen Presse in den letzten
Wochen mit aller Deutlichkeit auf die außerordentliche Gefähr-
dung der Volksschule hingewiesen gemacht wurde, so han-
delte es sich dabei weder um eine Sensationsgeschichte noch um
die Hypothese der Genauer zusammen einer parteipolitischen
Agitation - nein, wer die Zeichen der Zeit zu deuten versteht,
kann nur mit Befremden an die Lösung der Schulfrage denken.
Das gläubige Volk empfindet es zum mindesten als eine In-
sultierung seiner Religion, wenn die Volksschule durch den
Reichsjustizminister in das Unterwirden verworfen wird,
während die Sonntagsschule und die weltliche Schule die ersten und
besten Plätze für sich beanspruchen dürfen. Ein Mann wie Eggers-
dorfer sagt vom Reichsjustizminister: „Wird er Gesichts, dann
wird die Partei zeigen, daß er allen Schularten Erziehung
und Unterricht im Geiste der zugrundeliegenden Weltanschauung
sichert, nur nicht den Bekennnisfragen.“ Und diese
Duldung, die man der jahrhundertlang bewährten Konfession-
sschule allgeringst im Entzug gewähren will, wird noch
bestimmter von der gesamten Linken und der Demokratischen Partei,
bekannt sind zur Genüge die Verhältnisse des Deutschen Lehrerver-
eins, die sogenannte Gemeindefortschule als Alibiinstrument dem
deutschen Volk zu empfehlen. Ein neues Warnungssignal für
alle auf dem Boden der Volksschule Lebenden bildet eine
Entscheidung des preussischen Kultusministers, des Vizepräsidenten
Dr. Voßler, der eine Einzelentscheidung von Dänisch auf das ganze
Gebiet Preußens ausdehnen beabsichtigt - wenn der katholische
Volksteil dazu nicht einverstanden ist. Von Dänisch aus ergeht nämlich
unter dem 28. Februar an die Lehrer und Lehrerinnen der höheren
Lehranstalten für die weibliche Jugend folgende Verfügung:
„Nach Entscheidung des Herrn Ministers hat von Ihnen
dieses Jahres ab bis auf weiteres in der 7. Klasse der Jungen
der verkürzte Stundenplan vom 27. Januar 1921 II II III 2881
zu gelten.“ Dieser Entschluß vom 27. Januar lautet folgendermaßen:
Die Stunden der vom Elternrat des Gymnasiums zu R. R.
gegen die beim Heberaus von Klasse 8 nach Klasse 7 eintretende
Veränderung der Schülerzahl geführt werden sind, erkennen
ich unter den gegenwärtigen Lebensverhältnissen als vorüber-
gehend und um im Einverständnis mit dem Provinzialkollegium
bereit, Abhilfe zu schaffen. Dem Vorschlag des genannten
Elternrates, den Beginn des fremdsprachlichen Unterrichts in
das 5. Schuljahr zu verlegen, vermag ich aus gesundheitlichen
Erwägungen vorerst nicht beizutreten, will aber allmählich die
Stundenzahl in Klasse 7 herabsetzen. Als eine Angelegenheit der
Lehrpläne des Gymnasiums unter Berücksichtigung der vierjährigen
Grundschule vorgenommen ist, vernehme ich vorübergehend und
widerwärtig von Eltern dieses Jahres ab folgende Änderungen
im Stundenplan von Klasse 7: Religion 2 Stunden hat 3, Fran-
zösisch 5 Stunden hat 6, Rechnen und Schreiben 2 Stunden
hat 3 und 1, Singen 1 Stunde hat 2 Stunden.
Dieser Entschluß ist, daß die Zielleistung im Französischen
bei richtiger Ausnutzung der gegebenen Zeit im wesentlichen die-
selbe bleiben kann, und doch reichliche und planmäßige Übung des
Schreibens in den Unterricht für die Notwendigkeit der Schüler-
leistungen des vierjährigen Schuljahres einen zweimaligen Schulunterricht
entschiedlich machen dürfte. Eine besondere Stunde Grammatik
im Deutschen empfiehlt sich auf dieser Stufe nicht, grammatische
Erörterungen können überall an den Unterrichtsstoff angeknüpft
werden. Die Hausarbeit darf trotz der Fernüberlegung der Stun-
denzahl auf keinen Fall vermindert werden.
Berlin, 27. Januar 1921.
Der Minister für Binnenschifffahrt, Kunst und Volksbildung,
II II III 2881.

so konnten die meisten Reaktionen auf dem Wege der Verhand-
lungen einseitig werden. Einmal ging die Arbeit in die Höhe,
dann aber auf dem Wege der Verhandlung den Gang der großen
Elastizität.
Nimmt man zu dem oben genannten Entschluß noch die vor
einige Jahre ergriffene Verfügung des preussischen Kultusmini-
sters, nach der den Eltern das jährliche, ausgedehnte
Recht, den Schülern über den schulpflichtigen Religions-
unterricht hinaus einen sogenannten freigelegten Unterricht zu er-
teilen, freigelegt beschnitten wurde, und darf man der „Militärischen
Vollstreckung“ glauben, die demnach, es seien mächtige Kräfte am
Werk, um die Mitleidstendenzen überhaupt auf zwei und in den
oberen Klassen der höheren Lehranstalten gar auf eine (!) her-
zuführen, dann haben wir oft Grund und alle Pflicht, auf diesen
schleichenden Kulturverlust aufmerksam zu machen. Es scheint
ja schließlich, als wenn das System in Preußen kein anderes ist
als in Sachsen und Thüringen, nur im Tempo ist ein Unter-
schied.
Bei dieser Gelegenheit müßten wir nicht vergessen, an die
weibergische, wahrhaft freibildende und gerade Art zu erinnern,
mit der man vor zwei Jahren in Holland die Schulfrage gelöst
hat. Allerdings war der Mann, der die Schulfrage dort so zu-
friedenstellend löste, kein Sozialist und kein Liberaler, sondern
ein frommer, überzeugter Katholik: der Minister Ritsch de Peeren-
boud. In Holland gibt es jetzt zwei Arten von Schulen: die
öffentliche, welche die Gemeinde errichtet hat, und die freie Schule,
errichtet von der Kirche oder einem Verein. Die öffentliche Schule
hat keinen Religionsunterricht, aber es besteht auch keinerlei
Zwang, die Kinder in diese Schule zu schicken. Die freie Schule
kann konfessionell oder interkonfessionell sein nach der Wahl der
Körperchaften, die sie errichten. Die Gehälter der Lehrer an
sämmtlichen Schulen, öffentlichen und freien, zahlt die Ge-
meinde beim der Staat. Eltern von schulpflichtigen Kindern,
die weiter als vier Kilometer von der von ihnen gewünschten

so konnten die meisten Reaktionen auf dem Wege der Verhand-
lungen einseitig werden. Einmal ging die Arbeit in die Höhe,
dann aber auf dem Wege der Verhandlung den Gang der großen
Elastizität.
Nimmt man zu dem oben genannten Entschluß noch die vor
einige Jahre ergriffene Verfügung des preussischen Kultusmini-
sters, nach der den Eltern das jährliche, ausgedehnte
Recht, den Schülern über den schulpflichtigen Religions-
unterricht hinaus einen sogenannten freigelegten Unterricht zu er-
teilen, freigelegt beschnitten wurde, und darf man der „Militärischen
Vollstreckung“ glauben, die demnach, es seien mächtige Kräfte am
Werk, um die Mitleidstendenzen überhaupt auf zwei und in den
oberen Klassen der höheren Lehranstalten gar auf eine (!) her-
zuführen, dann haben wir oft Grund und alle Pflicht, auf diesen
schleichenden Kulturverlust aufmerksam zu machen. Es scheint
ja schließlich, als wenn das System in Preußen kein anderes ist
als in Sachsen und Thüringen, nur im Tempo ist ein Unter-
schied.
Bei dieser Gelegenheit müßten wir nicht vergessen, an die
weibergische, wahrhaft freibildende und gerade Art zu erinnern,
mit der man vor zwei Jahren in Holland die Schulfrage gelöst
hat. Allerdings war der Mann, der die Schulfrage dort so zu-
friedenstellend löste, kein Sozialist und kein Liberaler, sondern
ein frommer, überzeugter Katholik: der Minister Ritsch de Peeren-
boud. In Holland gibt es jetzt zwei Arten von Schulen: die
öffentliche, welche die Gemeinde errichtet hat, und die freie Schule,
errichtet von der Kirche oder einem Verein. Die öffentliche Schule
hat keinen Religionsunterricht, aber es besteht auch keinerlei
Zwang, die Kinder in diese Schule zu schicken. Die freie Schule
kann konfessionell oder interkonfessionell sein nach der Wahl der
Körperchaften, die sie errichten. Die Gehälter der Lehrer an
sämmtlichen Schulen, öffentlichen und freien, zahlt die Ge-
meinde beim der Staat. Eltern von schulpflichtigen Kindern,
die weiter als vier Kilometer von der von ihnen gewünschten

so konnten die meisten Reaktionen auf dem Wege der Verhand-
lungen einseitig werden. Einmal ging die Arbeit in die Höhe,
dann aber auf dem Wege der Verhandlung den Gang der großen
Elastizität.
Nimmt man zu dem oben genannten Entschluß noch die vor
einige Jahre ergriffene Verfügung des preussischen Kultusmini-
sters, nach der den Eltern das jährliche, ausgedehnte
Recht, den Schülern über den schulpflichtigen Religions-
unterricht hinaus einen sogenannten freigelegten Unterricht zu er-
teilen, freigelegt beschnitten wurde, und darf man der „Militärischen
Vollstreckung“ glauben, die demnach, es seien mächtige Kräfte am
Werk, um die Mitleidstendenzen überhaupt auf zwei und in den
oberen Klassen der höheren Lehranstalten gar auf eine (!) her-
zuführen, dann haben wir oft Grund und alle Pflicht, auf diesen
schleichenden Kulturverlust aufmerksam zu machen. Es scheint
ja schließlich, als wenn das System in Preußen kein anderes ist
als in Sachsen und Thüringen, nur im Tempo ist ein Unter-
schied.
Bei dieser Gelegenheit müßten wir nicht vergessen, an die
weibergische, wahrhaft freibildende und gerade Art zu erinnern,
mit der man vor zwei Jahren in Holland die Schulfrage gelöst
hat. Allerdings war der Mann, der die Schulfrage dort so zu-
friedenstellend löste, kein Sozialist und kein Liberaler, sondern
ein frommer, überzeugter Katholik: der Minister Ritsch de Peeren-
boud. In Holland gibt es jetzt zwei Arten von Schulen: die
öffentliche, welche die Gemeinde errichtet hat, und die freie Schule,
errichtet von der Kirche oder einem Verein. Die öffentliche Schule
hat keinen Religionsunterricht, aber es besteht auch keinerlei
Zwang, die Kinder in diese Schule zu schicken. Die freie Schule
kann konfessionell oder interkonfessionell sein nach der Wahl der
Körperchaften, die sie errichten. Die Gehälter der Lehrer an
sämmtlichen Schulen, öffentlichen und freien, zahlt die Ge-
meinde beim der Staat. Eltern von schulpflichtigen Kindern,
die weiter als vier Kilometer von der von ihnen gewünschten

so konnten die meisten Reaktionen auf dem Wege der Verhand-
lungen einseitig werden. Einmal ging die Arbeit in die Höhe,
dann aber auf dem Wege der Verhandlung den Gang der großen
Elastizität.
Nimmt man zu dem oben genannten Entschluß noch die vor
einige Jahre ergriffene Verfügung des preussischen Kultusmini-
sters, nach der den Eltern das jährliche, ausgedehnte
Recht, den Schülern über den schulpflichtigen Religions-
unterricht hinaus einen sogenannten freigelegten Unterricht zu er-
teilen, freigelegt beschnitten wurde, und darf man der „Militärischen
Vollstreckung“ glauben, die demnach, es seien mächtige Kräfte am
Werk, um die Mitleidstendenzen überhaupt auf zwei und in den
oberen Klassen der höheren Lehranstalten gar auf eine (!) her-
zuführen, dann haben wir oft Grund und alle Pflicht, auf diesen
schleichenden Kulturverlust aufmerksam zu machen. Es scheint
ja schließlich, als wenn das System in Preußen kein anderes ist
als in Sachsen und Thüringen, nur im Tempo ist ein Unter-
schied.
Bei dieser Gelegenheit müßten wir nicht vergessen, an die
weibergische, wahrhaft freibildende und gerade Art zu erinnern,
mit der man vor zwei Jahren in Holland die Schulfrage gelöst
hat. Allerdings war der Mann, der die Schulfrage dort so zu-
friedenstellend löste, kein Sozialist und kein Liberaler, sondern
ein frommer, überzeugter Katholik: der Minister Ritsch de Peeren-
boud. In Holland gibt es jetzt zwei Arten von Schulen: die
öffentliche, welche die Gemeinde errichtet hat, und die freie Schule,
errichtet von der Kirche oder einem Verein. Die öffentliche Schule
hat keinen Religionsunterricht, aber es besteht auch keinerlei
Zwang, die Kinder in diese Schule zu schicken. Die freie Schule
kann konfessionell oder interkonfessionell sein nach der Wahl der
Körperchaften, die sie errichten. Die Gehälter der Lehrer an
sämmtlichen Schulen, öffentlichen und freien, zahlt die Ge-
meinde beim der Staat. Eltern von schulpflichtigen Kindern,
die weiter als vier Kilometer von der von ihnen gewünschten

so konnten die meisten Reaktionen auf dem Wege der Verhand-
lungen einseitig werden. Einmal ging die Arbeit in die Höhe,
dann aber auf dem Wege der Verhandlung den Gang der großen
Elastizität.
Nimmt man zu dem oben genannten Entschluß noch die vor
einige Jahre ergriffene Verfügung des preussischen Kultusmini-
sters, nach der den Eltern das jährliche, ausgedehnte
Recht, den Schülern über den schulpflichtigen Religions-
unterricht hinaus einen sogenannten freigelegten Unterricht zu er-
teilen, freigelegt beschnitten wurde, und darf man der „Militärischen
Vollstreckung“ glauben, die demnach, es seien mächtige Kräfte am
Werk, um die Mitleidstendenzen überhaupt auf zwei und in den
oberen Klassen der höheren Lehranstalten gar auf eine (!) her-
zuführen, dann haben wir oft Grund und alle Pflicht, auf diesen
schleichenden Kulturverlust aufmerksam zu machen. Es scheint
ja schließlich, als wenn das System in Preußen kein anderes ist
als in Sachsen und Thüringen, nur im Tempo ist ein Unter-
schied.
Bei dieser Gelegenheit müßten wir nicht vergessen, an die
weibergische, wahrhaft freibildende und gerade Art zu erinnern,
mit der man vor zwei Jahren in Holland die Schulfrage gelöst
hat. Allerdings war der Mann, der die Schulfrage dort so zu-
friedenstellend löste, kein Sozialist und kein Liberaler, sondern
ein frommer, überzeugter Katholik: der Minister Ritsch de Peeren-
boud. In Holland gibt es jetzt zwei Arten von Schulen: die
öffentliche, welche die Gemeinde errichtet hat, und die freie Schule,
errichtet von der Kirche oder einem Verein. Die öffentliche Schule
hat keinen Religionsunterricht, aber es besteht auch keinerlei
Zwang, die Kinder in diese Schule zu schicken. Die freie Schule
kann konfessionell oder interkonfessionell sein nach der Wahl der
Körperchaften, die sie errichten. Die Gehälter der Lehrer an
sämmtlichen Schulen, öffentlichen und freien, zahlt die Ge-
meinde beim der Staat. Eltern von schulpflichtigen Kindern,
die weiter als vier Kilometer von der von ihnen gewünschten

Advertisement for SLUB (Sächsische Landesbibliothek) with logo and text: Wir führen Wissen.

Freitag den 31. März 1922

Nachrichten aus Sachsen Bezirksstagung der christlichen Gewerkschaften in Aue i. Ergz.

Am vergangenen Sonntag waren im „Gasthaus zum „Pferdegarten“ zu Aue i. G. die christlichen Gewerkschaften des oberen Erzgebirges und Vogtlandes zu einem 1. Bezirksstagung versammelt. Diese Tagung und ihre, trotz des unersündlichen Wetters, guter Besuch aus zahlreichen Christen des Gebirges, legte ein gutes Zeugnis ab von dem erfreulichen Aufwachen des christlich-nationalen Gewerkschaften auch in dieser Gegend.

Der Bezirksleiter Hartmann des Zentralverbandes der Landarbeiter als Vorsitzender des Landesausschusses der christlichen Gewerkschaften im Freistaat Sachsen begrüßte die Versammlung und leitete sie.

Der für dasselbe Gebiet tätige Sekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Martin Richter-Dresden, hielt den ersten Vortrag über: „Die christlichen Gewerkschaften in Sachsen“. In diesem Vortrag kam zum Ausdruck, daß die Aufgabe der christlichen Gewerkschaften sei, mit aller Mühseligkeit das Wirtschaftsleben zu betreiben und von da aus die Arbeit aufzunehmen. Wichtigste Aufgabe war, daß die stetig zunehmende Weltwirtschaft durch die ganze letzte Lohnpolitik nicht zu überwinden sei. Die Not, die uns bedrückt, ist eine allgemeine. Sie wird nicht zu überwinden sein, solange der Friedensvertrag von Versailles auf dem deutschen Volke lastet und immer neue Forderungen, wie jetzt erst wieder durch die neue Note der Reparationskommission, hervorruft. Das Ziel muß deshalb sein, eine gründliche Reform dieses dem deutschen Volke angelegenen Interesses. Hier müssen aber alle Glieder unseres Volkes zusammenstehen. Das ist aber nicht ohne eine gründliche Erneuerung unseres Volkes zu erzielen. Etwas davon, der Führer der christlichen Gewerkschaften, dem unser volles Vertrauen gilt, ist hier der Redner mit seinem Programm der „Deutschen Volksgemeinschaft“. Wollen wir die deutsche Volksgemeinschaft erreichen, müssen wir Abstände nehmen von dem alles vernichtenden Materialismus. Alle die Arbeitnehmer gilt es, sich von dem unerschütterlichen und abgewirtschafteten Marxismus und der Internationalen abzumenden. Will man die Volksgemeinschaft aber ernstlich, so muß auch eine innere Erneuerung des Arbeitgebenden erfolgen. Auch diese müssen sich endlich einmal von dem rein zahlensmäßigen Denken befreien und an Stelle des unerschütterlichen Profitstrebes sittliches Handeln stellen. Die christlichen Gewerkschaften wollen in diesem Sinne Bestreben am Bau der deutschen Volksgemeinschaft sein und alle Kräfte zur inneren Wiedergeburt und dem äußeren Aufbau ihrer Bewegung auch in sächsischen Erzgebirge und Vogtland anspannen.

In weiserhafter Weise gab der Bezirksleiter des Zentralverbandes christlicher Landarbeiter, Heinrich Ricker-Dresden, in seinem Vortrag: „Das Betriebsratsgesetz und wir“, eine wertvolle Ergänzung zu dem ersten Vortrag dadurch, daß er nun zeigte, wie ein christlicher Gewerkschaftler in seinem Betrieb dem Gedanken der Volksgemeinschaft dienen kann. Er ging dabei ausführlich auf die Vorrechte des Betriebsratsgesetzes ein und gab dabei einen Überblick über das Wesen des Arbeitnehmers und die Forderung des Arbeitsverhältnisses. Das Betriebsratsgesetz kann nur die Möglichkeit bringen, den Arbeitnehmer innerhalb seines Betriebes aus einer isolierten Stellung heraus zu ziehen und zu einem lebendigen und mitverantwortlichen Mitarbeiter seines Betriebes und durch ihn der gesamten Volkswirtschaft anzuweisen. Voraussetzung dafür ist aber von Seiten der Arbeitnehmer, daß die Betriebsräte sich auszeichnen durch Verstand und Sachkenntnis und Verantwortlichkeitsgefühl, getragen von einem starken Willen, in unbedingten Rechtfertigungsgefühl, auch den anders organisierten gegenüber, um Wohle der Gesamtheit und nicht aus Eigeninteresse nur für sich selbst oder seiner Organisation zu arbeiten. Solche Männer und Frauen wollen die christlichen Gewerkschaften in die Betriebsräte entsenden, während, daß sie damit nicht nur sich selbst und dem V. N. G. an beiden dienen, sondern dem ganzen Volk und darauf kommt es an. Wer diesen Willen ein Danks im Gesamtwort sein. Mit diesem Willen wurden diese von tiefem sittlichen Ernst durchdrungen Ausführenden bedürftig.

Die zahlreiche Beteiligung an der Aussprache zu beiden Vorträgen geben ein erfreuliches Zeichen von der Gesundheit, die innerhalb der christlichen Gewerkschaften besteht. Sie legen auch dafür ein Zeugnis ab, daß es auch heute in den Herzen der sächsischen Arbeiterklasse einen Widerhall findet, wenn es gilt, die christlichen Leben und Wirtschaft zu machen auch für den Aufbau unseres Volkes und Wirtschaftens. Vorträge und Aussprachen stellten in einer Entschiedenheit, die einstimmig zur Annahme gelangte und in der zum Ausdruck kam, daß die christlichen Gewerkschaften des oberen Erzgebirges und Vogtlandes seiner ihrem früheren Standort haben und daß sie mit ihm die Wiederherstellung ihrer Beziehungen zu den christlichen Gewerkschaften fordern. Alle Arbeitnehmer aber, die noch auf dem Feld der christlichen Lebensauffassung stehen, werden aufgerufen, gemeinsam in den christlichen Gewerkschaften an der Befreiung unseres Volks- und Wirtschaftslebens mitzuwirken.

Erhöhung des Mietzinses

Das Einigungsamt der Stadt Dresden teilt mit: Die Höhe, aus denen sich der Mietzins nach den Richtlinien des Einigungsamtes zusammensetzt, sind durch die Preissteigerung weit überhöht. Verneht doch der bisherige Satz von 30 Prozent der Friedensmiete für Unterhaltungskosten auf den Postenpreisen und Löhnen vom Juli 1920 und ist doch der bisherige Satz von 5 Prozent der Friedensmiete für Verwaltungskosten ebenfalls auf Grund der Verhältnisse vom Juli 1920 festgesetzt. Diese Höhe, die 1 1/2 Jahre lang noch dauernder Steigerung der Preise unbedeutend geblieben sind, können nicht länger aufrecht erhalten werden. Selbst das erst im November 1921 auf Grund der Preise vom September/Oktober festgesetzte Verrechnungssatz für Vertriebskosten (Gas, Wasser usw.) reicht im Durchschnitt nicht entfernt mehr aus, da die Vertriebskosten sich seitdem fast verdoppelt haben. Bei dieser Sachlage hat mit Zustimmung von Bürgermeister Wilschke der Neuantrag des Einigungsamtes der Stadt Dresden — der bekanntlich aus drei Vertretern der Vorbesitzer der Mietzins- und Vermieterbesitzer besteht — unter Vorbehalt von Stadtratsrat Dr. Penzer einstimmig folgende Änderungen der Richtlinien des Einigungsamtes beschlossen: 1. Das Verrechnungssatz für Vertriebskosten (Gas, Wasser usw.), über dessen Verwendung auf Grund der bisherigen Richtlinien jährlich zwischen Vermieter und Mietern abgemacht ist, wird von 50 Prozent auf 100 Prozent — für die 1921 eingemieteten Stadteile auf 90 Prozent — der Friedensmiete erhöht. 2. Der Zuschlag für laufende Unterhaltung wird von 30 auf 40 Prozent der Friedensmiete erhöht, wofür der Vermieter verpflichtet ist, diese 40 Prozent sodgemäß zu verwenden. Dies den Mietern über in deren Auftrag der Mietervermittlung, jährlich auf Antrag nachzuweisen und den etwa nicht verwendeten Teil auf ein besonderes Hauskonto zu übertragen, über das die näheren Bestimmungen nach dem Einigungsamt zu treffen sind. In Aussicht genommen ist insbesondere die Bestimmung, daß die auf dem Hauskonto angelegten Gelder für solche Arbeiten zu verwenden sind, für welche der laufende Zuschlag nicht ausreicht. Änderung des Postensatzes für den Nachweis behält sich das Einigungsamt vor. 3. Der bisherige Satz von 5 Prozent der Friedensmiete für Verwaltungskosten wird zu 10 Prozent der Friedensmiete erhöht, als 8 Mietparteien im Hause gibt. (Beispielweise beträgt also bei 8 Parteien die Erhöhung 3 Prozent), der Gesamtsatz für Verwaltungskosten also 8 Prozent der Friedensmiete; bei 11 Parteien die Erhöhung aber 10 Prozent der Friedensmiete, somit der Gesamtsatz für Verwaltungskosten 15 Prozent der Friedensmiete nicht übersteigen. 4. Soweit nachweislich der Anstieg für die in der Vorkriegszeit vorhanden und üblich gewesenen Grundstücksbelastungen in ange-

messenen Maße erhöht worden ist, ist künftig ein der Erhöhung der Zinssumme entsprechender Zuschlag zur Friedensmiete von dem Hause an zu bewilligen, auf welchem die Erhöhung erstmalig zu zahlen ist. Diese Regelung gilt einseitig bis zur Einführung des Reichsmietengesetzes. 5. Die vorstehenden Änderungen der Richtlinien treten mit dem 1. April 1922 in Kraft. Es wird jedoch durch die vorstehenden Änderungen der Richtlinien erhöht, teilt die Zahlungsverpflichtung für die Erhöhung erst am 1. Mai 1922 ein.

Hiernach berechnet sich der Mietzins wie folgt:

Kapitaldienst	85 %	85 %	der Friedensmiete
Unterhaltungskosten	30 %	50 %	der Friedensmiete
Verwaltungskosten	5 %	5 % bis 15 %	der Friedensmiete
je nach der Zahl der Mieter (veralt. oben Punkt 3)			
Betriebskosten (Verrechnungssatz)	60 %	100 %	der Friedensmiete
(die neuen Vororte 90 %)			
180 %		250 %	der Friedensmiete

dazu für jede Mietpartei je 1/4 Prozent der Verwaltungskosten vgl. oben Punkt 3) bis höchstens 200 Prozent der Friedensmiete (Die neuen Vororte 10 Prozent der Friedensmiete weniger). Das bedeutet: Wer als Friedensmiete 100 M. zu zahlen hatte, hat künftig 250—260 M. zu zahlen, also 150 bis 160 M. mehr. Statt — wie bisher — 50 Prozent beträgt also

knüpfend der Zuschlag 150 Prozent der Friedensmiete zusätzlich 1/4 Prozent der Friedensmiete je Mietpartei (vgl. oben Punkt 3) höchstens insoweit 100 Prozent der Friedensmiete. (Die neuen Vororte 10 Prozent der Friedensmiete weniger.)

Hierzu tritt im Einzelnen der bisher übliche Zuschlag für Erneuerungen und Verbesserungen und der Zuschlag für Anstufungserhöhung. Nach diesen Richtlinien wird das Einigungsamt die bei

Seltene Briefmarken und Münzen

einzuführen, ist weit denn die Vertrauenssache geworden. Wer sein Geld auf die Weise anlegen will, muß vorsichtig zu Werke gehen, doppelt so vorsichtig in unserer Zeit, in der Fälschungen von Originalen oft schwer zu unterscheiden sind. Wohlthätige Beratungen anerkennend wird jeder ernsthafte Interessent zugehört. Und sind auch viele hier von Interesse?

Eine Sammlung von 5000 auf werden solche Liebhaber für ihren Sport auf, vielleicht auch unter Vermittlung nicht der Pflicht. Haben solche Sammlungen zu einem gewissen Zweck erworbener, so sind sie doch „Schätze, die von Hand zu Hand vererbt werden“.

Sind dem gewöhnlich nicht die Schätze des Glanzes wertvoller? Von diesem Wert? Ja, nicht an der Zeit, mal nachprüfen, ob sie nicht im „Original“ verborgen sind? Kann ich mit der Zeit nicht ein „Kollekt“ eingeschrieben haben? Auch hier kann ich der Zeit mal einen, wenn er sich allzu vertraulich auf das gedruckte Wort verläßt, das er zu seinem privaten Studium demut. Wie manche Zeitung, und wie manche Buch hat sich bei ihm unter einem banalen Titel eingeschlichen und bietet hat des erhaltene Goldes nur lautes Geplätsch. Was da nicht der vom Eitelstehende erreicht? Das des Neuwertiges abdrücken und Schaden leiden? Hier führen nur Unterredungen von Mund zu Mund durch einen Theologen oder einen selbstverleugerten, gebildeten Mann einen wahren Grundgedanken erweilen. Einem will es eigen Gemüt verschwinden dadurch leicht die Schritte, die sich zwischen ihm und der christlichen Wahrheit gesponnen hatten.

Die Struktur des moralischen Geistes verlangt aber ab und zu solche Beispielen im großen Stil. Wenn verdagte Redner die Person und den Willen jedes einzelnen Jähres zur ihre tatsächliche Religion begreifen und für apostrophische Bestimmungen beifügen, dann greift der tägliche Wandel wie ein, dann gerät in die Seele eine laute erregte Wertschätzung ein, die eben nur im großen Maße der Verantwortlichkeit gelassen werden kann, und die sich als dauernde zu richten ausmüht.

Katholiken des Ostens Weigen! Euch haben solche Feiern immer wieder bevor am dem 4. Sächsischen Katholikentage in Chemnitz am 30. September und 1. Oktober. Die Namen der Redner veröffentlichen. Datum ruft Euch 1. 1/2 Mon dazu.

ihm anfänglichen Höhe für die Zeit vom 1. April 1922 ab entscheiden. Für die Parteien, die sich auf die jeweiligen Richtlinien des Einigungsamtes geeinigt haben, gelten die obigen Sätze vom 1. April 1922 ab.

In den Fällen, in denen das Einigungsamt bisher noch den Richtlinien vom November 1921 entschieden hat oder die Parteien sich auf die damaligen — nicht die jeweiligen — Richtlinien geeinigt haben, ändert sich am 1. April 1922 lediglich das Verrechnungssatz von 50 Prozent auf 100 Prozent; im übrigen treten Erhöhungen erst vom 1. Juli bzw. 1. Oktober 1922 ab ein. So wird wieder eine Vereinbarung der Parteien nach eine Entscheidung auf Grund der Richtlinien vom November 1921 zustande gekommen ist, kann eine Reduzierung des bisher gezahlten Mietzinses erst am 1. Juli bzw. 1. Oktober 1922 eintreten. Diese Höhe werden nach den vorstehenden Richtlinien entschieden werden, mit der Maßgabe, daß vom 1. Juli bzw. 1. Oktober 1922 ab die dann bestehenden Sätze Geltung haben.

Den Vermietern und Mietern wird empfohlen, sich auf Grund der vorstehenden Richtlinien zu einigen. Weiter wird den Vermietern anzuempfehlen, die erforderlichen Zustandsuntersuchungen sofort in Angriff zu nehmen, ehe sie durch etwaigen Streik der Mieter weiter verteuert werden. Dabei wird den Vermietern und Mietern dringlich empfohlen, sich über die vorzunehmenden Arbeiten vor deren Beginn in entgegenkommender Weise zu verständigen.

— **Der 25. jähriges Jubiläum** feiern mit Ende dieses Jahres am 31. März: Lehrer Herzog-Leipzig, L. L. W. Lehrer Brauer-Pöhlitz, Schulrat Gualter-Pöhlitz, Lehrer Heine-Commern, Oberlehrer Schöder-Dresden, 4. L. R. (Vorh.) über des kathol. Lehrerbundes, Lehrer Winter-Dresden, 7. L. R. — Oberstudienrat Proffers-Klaus am Osnabrück auf eine 25-jährige Tätigkeit am katholischen Seminar zurückblicken. — An den Ruhestand tritt am 1. April der Leiter der 1. kathol. Volkshochschule zu Dresden, Gräfenstraße 1, Direktor Franz Anderz.

— **Tagung der sächsischen Presse.** Am Sonntag, den 2. April früh 9 Uhr tritt im Anst.-Ausgangslager in Dresden der Landesverband der sächsischen Presse zu einer wichtigen Tagung zusammen. Einer der Hauptberatungsgegenstände ist die Kollage der Presse, zu der die Redakteure und freien Schriftsteller energisch Stellung zu nehmen haben. Es wäre dringend zu wünschen, wenn sämtliche Presse-Kollegen, die sich für den Tag frei machen können, als Gäste an der Tagung teilnehmen.

— **Düngemittel für die sächsische Landwirtschaft.** Die Bekämpfung der sächsischen Landwirtschaft mit Düngemitteln war in Folge der durch den amerikanischen Eisenbahnstreik bedingten Verteuerung der Düngemittel bis vor kurzem so ungenügend, daß eine Beeinträchtigung der nächsten Ernte ernstlich zu befürchten war. Durch persönliche Vorstellungen des Reichsausschusses für Düngemittel in Berlin beim Eisenbahngenerallager, Stickstoff-Syndikat und Gefä-

hrundstück ist es gelungen zu erreichen, daß durch Stellung von Sonderzügen nach Dresden der im Auftrag der Eisenbahnen beschaffte und nach Dresden mit dem Eisenbahngüterverkehr zusammengeführten Düngemittel nur noch wenige Tage gedauert und ist wieder aufgehoben.

— **Polkwitz.** Der im 27. Jahr gesehene Polkwitzer „Anzeiger“ hat sein selbständiges Erscheinen ein und wird mit der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Zeitung“ und „Sachsenpost“ verschmelzen.

— **Blaschou.** Anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens verteilte die Arbeiter-Kassa u. Co. an Zugestellte und Arbeiter ansehnliche Prämien.

— **Umbach.** Die Entschiedenheit der Stadtverordneten beschloß, die hiesigen Verträge, die schon vom letzten Jahre dem Umfang her ungenügend waren, in eine 2. Umfassung zu nehmen. Dem sozialistischen Stadtrat Müller wurde, weil er gegen den Stadt „neid“ habe, ein Mißtrauensvotum erteilt. Im sozialistischen Stadtrat und Gewerkschaftler soll es zu dem von je 500, zur sächsischen Gewerkschaft ein solcher von 300 Prozent erhoben werden.

— **Sagan.** Wie wir bereits gestern meldeten, führte sich auf dem Götterweg am 22. März die 22-jährige Freig. ger in den 400 Meter tiefen Schacht. Dieser, der bis zur Unkenntlichkeit vermauert war, verübte die Tat, wie wir am mehr erfahren, weil er wegen Mordmord freigesprochen werden sollte.

Aus Dresden

— **Städtische Anerkennungsurkunden für vorbildliche Schauspielerleistungen.** Trübsal und Sommer sind die Jahreszeiten, in denen schauhaft und schauhaft gewordene Häuser weniger geschätzt oder selbst geschätzt werden. Viele haben es bisher nötig! Die Schauspieler der Häuser sind das Gemut der Straßen und Plätze. Welt dem Gemut der Stadt jedoch als möglich ein freundliches und festliches Aussehen. So ist die Schauspielerleistungen vorzuziehen das Stadtbild. Darum sollen sie künftig mit besonderen Anerkennungsurkunden ausgezeichnet werden, die sowohl dem Bauherrn, als auch dem Bauherrn und Bauherrn erteilt werden sollen. Außerdem sollen die ausgezeichneten Ausführenden in der Tagespresse amtlich bekanntgegeben werden. Die Entscheidung über die Preiswürdigkeit spricht ein Preisgericht aus, dem Vertreter des Rates, der Presse, des Kunstgewerbes, der Architekten und der Malerinnung angehören werden. Das Preisgericht wird zum ersten Male im Frühjahr die es Jahres zusammenzutreten und die Schauspieler beurteilen, die in der Zeit vom 1. April 1921 bis 31. März 1922 fertig geworden sind. Die Liste der vom Preisgericht zu beurteilenden Schauspieler wird vom Bauverwaltungsausschuss, dem Bauleiter oder dem Ausführenden bis zum 10. April zum Wettbewerb beim Preisamt schriftlich angemeldet werden, müssen in die Liste aufgenommen werden.

— **Auslandskolonien und Auswanderungsstellen des Deutschen Auslandsinstituts.** Die große Auslandsinstituts des Deutschen Auslandsinstituts wird am Sonntag den 1. April mittags 12 Uhr in der Ausstellungshallen des Deutschen Ingenieurvereins am Zwingerplatz eröffnet werden. Ein Ausblick durch die Ausstellung unter fachverständiger Führung wird sich anschließen. Für den allgemeinen Besuch wird die Ausstellung von nachmittags 2 Uhr ab geöffnet sein. Mit der Ausstellung soll auch eine Reihe ausführender Vorlesungen von einem Fachmann über die wirtsch. und sozialwirtschaftliche Bedeutung der Auswanderung verbunden werden. Als erster Redner spricht am Sonntag abends (1. April) abends 8 Uhr im Vortragssaal des Deutschen Ingenieurvereins (am Zwingerplatz) der Generalsekretär des Deutschen Auslandsinstituts, Herr Dr. Reich-Wertheimer, über „Auswanderung und Volkswirtschaft“. Es sei auf diesen Vortrag, dem mit besonderem Interesse entgegengekommen wird. Hier besonders aufmerksam gemacht.

— **Neue Feiertagsverordnung Thürandts Dresden.** Vom 1. April wird die am weitesten in Thürandts ein neuer Feiertag mit 2 bis 4. Klasse von Thürandts die Dresden (April) die „Abt ringelreiter: 20 Thürandts 6.1.1, Holzberg 6.20, Arndt-Debus 6.20, Freital-Pöhlitz 6.31, Dresden-Pöhlitz 6.38, Dresden-Pöhlitz 6.45.

— **Das Reichswehrministerium** hat eine Reihe regelmäßiger Feiertagsverbindungen genehmigt, von denen für Sachsen folgende in Betracht kommen: 1. Hamburg-Perlin-Dresden. Die Abreise der Deutschen Luftverkehrsbetriebe vom 1. April d. Ja. ab täglich 2 Personen-Hannover-Brandenburg-Perlin-Dresden. Die Abreise der Deutschen Luftverkehrsbetriebe vom 1. April ab täglich.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

§ **Leipzig.** Im Namen der Ortsgruppe des Freizeitsportvereins des ungenannten Zweckes von Leipzig den 1. April im Lieberwitzer von 100 Reichsmark für den Monat April 1922.

§ **Dresden.** Gächlinger-Verband Mittel-Sachsen. Nach einer Aussprache mit dem hiesigen Herrn Bischof ist vom hiesigen Oberleiter angefragt worden, den geplanten Sächsischen Mittel-Sachsen an einem Sonntag im Lieberwitzer anzuhalten. Bei der am 30. April in Dresden stattfindenden Vertreterversammlung wird darüber Verhandelt werden. Der Verbandvorsitzende macht schon jetzt darauf aufmerksam und bittet die Vereine, für diesen Tag eine Vertreterversammlung zu wählen. Tagesordnung wird auf besonderer Einladung noch bekannt gegeben. § **Dresden-W.** Abends des Freizeitsportvereins Leipzig. Im ersten Teile des Abends findet der Vorstand die Veranstaltung der sozialistischen Parteien nach dem Abende. Er wird mit der gesellschaftlichen Elemente hin, die sich in der Vorber vom Stadt Parteieinheiten sind, Revolutionen und Gewerkschaften und die beiden Teile die sich im Denken von Karl Marx enthalten sind. Teile werden Gegenstände führen und zur Trennung der sozialistischen Parteien. Die Idee der Revolutionen wurde von den Kommunisten ergriffen, die politisch die Arbeiter, mehrheitlich die sozialistischen Parteien, die den Gedanken der Enttarnung durch die parlamentarische Demokratie und die allmähliche Sozialisierung zu verwirklichen haben. Zwischen beiden Teilen der Arbeiterbewegung sind in der Theorie Revolutionäre, in der Praxis jedoch sozialistisch sind. Der Arbeiter befreit dann ausschließlich das Arbeiter-Vorbereitungsvorstand der SPD. Dieses Vorhaben ist in seinen grundsätzlichen Teilen nicht mehr marxistisch, hat aber auch noch nicht eine neue weltanschauliche Grundlage erhalten können; daher hängt es festhalten in der Luft.

Der zweite Teil des Abends brachte die Einführung der tatsächlichen deutschen sozialen Reformen. Die Idee der sozialistischen Organisation der durch den Arbeiterbewegung angeführten Gesellschaft, für die alten Stände — Landarbeit, Fortschritt — war der Weg zur Organisation der Arbeiterbewegung. Sozialismus schließt vor sie für die Arbeiter; denn hier haben sich in zwei Gruppen — Arbeiter und Arbeitnehmer — gespalten. Sollte die Monopolmacht des Kapitals abgebaut werden, dann war die Zusammenfassung sämtlicher Arbeiterkräfte nötig. Der Arbeiter befreit ausschließlich die Bedeutung der Gewerkschaften, des Tarifvertrages und besonders der Arbeitergemeinschaft. Er wird ausdrücklich auf die hohe Bedeutung des 8. März der neuen Reichswehrführung hin, der die Idee der Arbeitergemeinschaft zum Ausdruck bringt. Die Arbeitergemeinschaft im Arbeiter im einzelnen Betriebe soll verwirklicht werden durch das Betriebsrätegesetz. Die Arbeiterbewegung dieser Ideen, die heute in der Arbeiterbewegung und in anderen sozialen Gebieten verwirklicht werden sind, mit den Ideen des Christentums wird der Arbeiter verändernd nach. Zum Schluß sprach er in ersten Worten über die Notwendigkeit der sozialen Erziehung aller Volksschichten.

§ **Leipzig.** Am Sonntag, den 1. April, wird der 100-jährige Geburtstag des Reichswehrführers, der durch den Arbeiterbewegung angeführten Gesellschaft, für die alten Stände — Landarbeit, Fortschritt — war der Weg zur Organisation der Arbeiterbewegung. Sozialismus schließt vor sie für die Arbeiter; denn hier haben sich in zwei Gruppen — Arbeiter und Arbeitnehmer — gespalten. Sollte die Monopolmacht des Kapitals abgebaut werden, dann war die Zusammenfassung sämtlicher Arbeiterkräfte nötig. Der Arbeiter befreit ausschließlich die Bedeutung der Gewerkschaften, des Tarifvertrages und besonders der Arbeitergemeinschaft. Er wird ausdrücklich auf die hohe Bedeutung des 8. März der neuen Reichswehrführung hin, der die Idee der Arbeitergemeinschaft zum Ausdruck bringt. Die Arbeitergemeinschaft im Arbeiter im einzelnen Betriebe soll verwirklicht werden durch das Betriebsrätegesetz. Die Arbeiterbewegung dieser Ideen, die heute in der Arbeiterbewegung und in anderen sozialen Gebieten verwirklicht werden sind, mit den Ideen des Christentums wird der Arbeiter verändernd nach. Zum Schluß sprach er in ersten Worten über die Notwendigkeit der sozialen Erziehung aller Volksschichten.

§ **Dresden.** Am Sonntag, den 1. April, wird der 100-jährige Geburtstag des Reichswehrführers, der durch den Arbeiterbewegung angeführten Gesellschaft, für die alten Stände — Landarbeit, Fortschritt — war der Weg zur Organisation der Arbeiterbewegung. Sozialismus schließt vor sie für die Arbeiter; denn hier haben sich in zwei Gruppen — Arbeiter und Arbeitnehmer — gespalten. Sollte die Monopolmacht des Kapitals abgebaut werden, dann war die Zusammenfassung sämtlicher Arbeiterkräfte nötig. Der Arbeiter befreit ausschließlich die Bedeutung der Gewerkschaften, des Tarifvertrages und besonders der Arbeitergemeinschaft. Er wird ausdrücklich auf die hohe Bedeutung des 8. März der neuen Reichswehrführung hin, der die Idee der Arbeitergemeinschaft zum Ausdruck bringt. Die Arbeitergemeinschaft im Arbeiter im einzelnen Betriebe soll verwirklicht werden durch das Betriebsrätegesetz. Die Arbeiterbewegung dieser Ideen, die heute in der Arbeiterbewegung und in anderen sozialen Gebieten verwirklicht werden sind, mit den Ideen des Christentums wird der Arbeiter verändernd nach. Zum Schluß sprach er in ersten Worten über die Notwendigkeit der sozialen Erziehung aller Volksschichten.

Parteinachrichten

Hg. Dr. Herchel bei der Kommunalpolitischen Vereinigung Sachsen. Wie gemeldet findet anlässlich des Sächsischen Zentrumsvortrages am Sonntag den 9. April, vormittags 11 Uhr, im Landtaggebäude in Dresden die erste Tagung aller Zentrumsgemeindevertreter Sachsen statt.

Es ist gelungen, als Redner für diese Tagung den Dresdener Stadtratsmitglied Rechtsanwalt Dr. Herchel, Mitglied des Reichstages zu gewinnen.

Herr Dr. Herchel wohnt bekanntlich in ganz Deutschland, und zwar weit über die Kreise der Zentrumspartei hinaus, einen bedeutenden Ruf als Kommunalpolitiker. Es darf wohl erwartet werden, daß sämtliche auf der Tagung der Zentrumspartei anwesenden Gemeindevertreter Sachsen zu dieser Sitzung erscheinen. Es sei nochmals erwähnt, daß alle übrigen Parteimitglieder zu der kommunalpolitischen Tagung eingeladen sind. Auch andere Parteifreunde, die eingeschriebene Mitglieder sind, sollen als Gäste willkommen sein.

Theater und Musik

Konzertvortrag Dr. Kurt Kreier-Dresden. Für diejenigen, die die angekündigten Ausführungen Dr. Kreiers über den Walzer mit angebetet hatten, bestand direkt ein Zwang, dem gestrigen Konzertvortrag „Der Marsch in seiner Entwicklung und Artung“ beizuwohnen. Der prächtige Saal von „Stadt Leipzig“, wo Dr. Kreier im Rahmen eines Orchesterabends des Volkstheaters Dresden-W. sprach, war demnach überfüllt, das kühnste Spiel der Erde konnte und die Sänger mehrmals einzutreten mußten. Der Vortragende entwickelte ähnlich, wie er es beim Walzer getan hatte, die Form des Marsches von seinen ursprünglichen Trommel-Käufchen, kam über die Zutraben und Schüchtern der Barockzeit und über die triebkräftige Militärmusik auf den heutigen Marsch, sprach über Charakteristika (mit besonderer Bezugnahme gegen Beethoven), und ließ nach Erwähnung des Langmarsches (Polonaise) als musikalische Märkte den Trauermarsch aus der Eroica und Wagners Kaisermarsch spielen. Mächtig war die vollständige Fassung von Kreiers gar nicht so mühelos zusammengetragenen, historischen Studien, äußerst wertvoll seine Interpretation der gebotenen Musikbeispiele. Die Belustigung, das Thema werde in vorwiegend sozialistischer Umgebung einen militärischen Unterton anknüpfen lassen, traf nicht ein. Im Gegenteil: man dachte beim Hohenfriedberger Marsch und beim „Guter Nachtigall“ mehr als bei der Kaiserfeier. Damit bewiesen ist, daß man das Thema sehr wohl verstand. *Ed.*

Aus aller Welt

Dalle, 30. März. Die „Frankfurter Zeitung“ aus Halle meldet, macht die Aufschubbewegung an Bayern im Sonderberger Land weitere Fortschritte. Es hat sich dort ein Komitee gebildet, das die Bewegung auf breitere Grundlage stellen und schließlich eine Volksabstimmung herbeiführen will.

Wien, 30. März. Gestern, vormittag veranstalteten die Arbeiter von Wien vor dem Rathaus eine Demonstration. Die Polizei hat große Vorbereitungen getroffen, um Unruhen zu verhüten.

Weissen. Die fünfjährigen Festtage der Wiener Porzellan-Manufaktur, Werdniglofen aus Porzellan herzustellen, sind jetzt glücklich. Die Stadtkirche in Weissen wird in diesem Sommer ein Wiederpiel von 60 Glocken erhalten. Die größte Glocke wird eine Höhe von 70 und einen Durchmesser von 60 Zentimeter haben. Der bekannte Weissen-Keramiker Förder hat die Formen geformt. Die Glocken werden alljährlich Glocken aus der schillernden und weifischen Geschichte zeigen und mit Motiven in Rot und Gold geschmückt sein.

ZWEITE AUFLAGE

In unserem Verlag ist erschienen:

OSTRO

das „sächsische Troja“

von Pfarrer Paul Scholze, Löbau

Der geschätzte Verfasser hat seinen im Sankt-Beno-Kalender seinerzeit erschienenen, mit großem Beifall aufgenommen Aufsatz erweitert und in einer Sonderbroschüre veröffentlicht, die mit zahlreichen Abbildungen geschmückt ist. Jeder Freund der Heimat, insbesondere jeder, der sich für die Lausitz interessiert, wird das Heftchen gern kaufen.

Die schnell vergriffene erste Auflage empfiehlt das schmacke Bächlein von selbst. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, durch den Verfasser oder direkt vom Verlag SAXONIA-BUCHDRUCKEREI G.m.b.H., DRESDEN-A. 16, Holbeinstraße 46

Preis 1.00 Mark, mit Porto 1.50 Mark

Der neue Roman. Trotzdem wird bei Wohlstand des Romans an diejenige literarischen Erscheinung und halten, die letzten des Augustinovertrags zur Folge der kath. Kirche empfohlen werden, darf man den literarischen Gehalt einer Zeitung nicht lediglich nach dem Reichtum beurteilen. Eine Zeit, die der Frau nicht nur politischem Gebiete so viele Rechte gab und Aufgaben stellte, verlangt, daß eine deutsche Frau nicht nur der unterhaltenden Aufgabe Aufmerksamkeit schenkt, sondern auch den politischen Interessen das notwendige Verständnis entgegenbringt. Eine einseitige Sozialisierung der deutschen Frau wäre schlimm, aber nach dem sie sich mit der Lese Politik auseinandergesetzt hat, möge sie auch im Unterhaltungsgebiet durch die Lektüre eines lehrreichen Romans eine Aufklärung finden. Ferner mag das ab morgen erscheinende Heftchen: „Karl und Liebe“ dienen. Gherard von Harlow's „Der Fische-Rosario“, aus Oberösterreich stammend, wohnt mit seinem Verständnis und seiner Liebe sich in die oberösterreichische Volkswelt zu verorten. Möge ihr lehrreicher Inhalt bald in Erfüllung gehen, daß die Österreicher in ihrem Leben weiter deutsch bleibe und sich unter dem Himmel des deutschen Volkes zu neuren und größerem Glück entalle, wenn auch die nächste Zukunft nach dem Gen er „Schicksalsspiel“ den Kalender nicht sehen durfte, noch recht trüb und dunkel ist für jeden das Schicksal Oberösterreichs unempfindlichen wahrhaft vaterländisch gesinnten Deutschen.

Letzte Drahtnachrichten

Paris, 30. März. U. D. Die gestrige Sitzung des Ministerrates welche von 11 Uhr bis kurz vor Mitternacht dauerte, in der die technischen Sachverständigen für die Konferenz von Genoa ernannt werden sollten, wurde abgeschlossen, ohne daß irgend eine Entscheidung getroffen worden war. Wann präzise nur die von den Sachverständigen aus London einetroffenen Dokumente, die im Laufe des Abends in Paris eintreffen werden.

Rom, 30. März. U. D. Unter allergrößtem Vorbehalt gibt die Agentur Quasi eine Nachricht aus Rom nach den Zeitungen von Florenz und Rom wieder, wonach Venia gebunden sein soll.

Kuitung

Für die Aufkündigung gingen zu Ehren des St. Franziskus nachträglich ein: 1000 M.

Geschäftliches

Die altrenommierte Schlüterbrotfabrik, Neudamm Str. 22, macht durch ein Inserat in heutiger Nummer darauf aufmerksam, daß sie vom 1. April ab ihr Brot noch durch eigene Kutscher vertreibt.

Unsere heutige Nummer umfagt 4 Seiten

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Rudolf Ringel für den Inseratenteil: Josef Rohmann. — Druck und Verlag der „Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H.“ in Dresden.

Stett Karten!

Von Herzen Dank

für die innige Teilnahme, welche man mir entgegenbrachte, bei dem so plötzlichen Tode meines geliebten Mustels. Besonderen Dank unserem verehrten Herrn Pfarrer Schindler für seine tröstlichen Worte am Sarge der toten Entschlafenen.

Margarete Hampel.

Dresden - Löbtau, Nostitz-Wallwitz-Platz 21, I.,
den 29. März 1922.

Einladung

zur

ordentl. Gesellschafterversammlung der Saxonia-Buchdruckerei G.m.b.H.

am Sonntag den 9. April 1922

vormittags Punkt 1/2 10 Uhr
im Künstlerhaus, Klubzimmer,
Dresden-Alst., Albrechtstraße.

Tagesordnung:

1. Vorlegung und Genehmigung der Bilanz für das Jahr 1921.
2. Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates.
3. Bericht über die Lage und die Aussichten des Unternehmens.
4. Bericht über die bisherigen Rechnungen und Beschluß über Erhöhung des Stammkapitals.
5. Anträge und Mittelungen.
6. Aufsichtsratswahlen.

Dresden, den 28. März 1922.

Der Aufsichtsrat
Dr. Hille, Vorsitzender.

Pädagogium der Tonkunst von Professor Otto Urbach

Dresden-A., Leubnitzer Straße 15, Ecke Kaiserstraße

— Fernruf 43923 —

Aufnahmeprüfung

Sonabend den 1. April vormittags 1/2 10 Uhr

Schlüterbrot



Dresden, G. m. b. H. Zwidauer Straße 52 Fernsprecher 43904

Ab 1. April

vertreiben wir unser Brot nur noch durch eigene Kutscher

Sogenannte Wienerkutscher oder Händler scheiden mit dem Tage bei uns aus. Wir bitten alle Interessenten, sich schon jetzt zwecks Sicherung der Brotversorgung an uns zu wenden. Man achte beim Brotkauf auf unsere bekannte Schutzmarke.



Schlüterbrotfabrik Dresden G. m. b. H.

Zwidauer Straße 52 Fernsprecher 43904

Windthorst-Bund Schirgiswalde.

Freitag den 31. März abends 8 Uhr
im Restaurant „Zürmchen“

Versammlung

Redner: Vorsitzender Herr Franz Rückert-Daube.
Erscheinen aller Mitglieder recht dringend
Der Vorstand: Georg Jung, 1. Vorsitzender.

Rechtsschutzverband

der Vorbestraften Deutschlands G. V.

Zentrale Berlin

Ortsgruppe Leipzig, Kurprinzstraße 3, 1

Vertretungen in Straß- u. Stollberg, Ebersdorf, Wundberg, Stenau, Stenau

— Hat und Auskunft kostenlos —

Sprechstunden nachmittags von 3—7 Uhr, außer Sonnabends

Tagal-Hüte • Bast-Hüte • Litzen-Hüte

Umpressen und Färben schnell und billigst.

Große Auswahl, noch billige Preise.

Hutfabrik, Dresden, Pillnitzer Straße 19 nur 19.

Möbliertes Zimmer

an gebildetes Fräulein sofort zu vermieten. Angebote unter „H. 3. 491“ an die Geschäftsstelle d. Bl. 1195

**Kauft
Blusen Röcke
Auf Credit!**
BACH NACH AUSWAHL
nur bei
Otto Fietze
vorm. S. Gottlieb
2 Grunaerstr.
Ecke Bräutigamstr. 1. Etage.

Rheuma, Gicht,

lathis, Gliederleiden, Neuralgie (Nervenschmerzen), Koxsalgie (Kniegelenkschmerzen) etc. etc. teils ich gerne mit, wie taufende Patienten durch ein einfaches Mittel in kurzer Zeit Heilung fanden.

Krankenschwester Agnes,
1144 Wiesbaden H. 20.

Der rote Frosch



wie er hier steht,
ist Garantie
für Qualität

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder

Alleinhersteller Werner & Mertz A-G, Mainz.